

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 03.05.2007 Öffentlichkeitsstatus öffentlich
Dezernat VI	Amt Amt 61	

INFORMATION

I0132/07

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	15.05.2007	nicht öffentlich
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	14.06.2007	öffentlich
Ausschuss für Umwelt und Energie	05.06.2007	öffentlich
Stadtrat	05.07.2007	öffentlich

Thema: Verkehrskonzept Stadtfeld-Ost/Westernplan

Ausgangslage

In der Sitzung des Stadtrates am 7. November 2005 wurde durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen der Antrag A0188/05 gestellt, ein Verkehrskonzept für einen Teilbereich in Stadtfeld-Ost (Gebiet zwischen Ebendorfer Straße, Albert-Vater-Straße, Magdeburger Ring und Olvenstedter Straße) mit geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung des Durchgangsverkehrs, mit denen eine Lärminderung erzielt werden kann, zu erstellen. Nach Beratung in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und Umwelt und Energie erhielt dieser Antrag vom Stadtrat in seiner Sitzung am 9. Februar 2006 seine Zustimmung (Beschluss-Nr. 883-28(IV)06). Nach Freigabe der Haushaltsmittel 2006 wurde ein entsprechender Auftrag an ein Planungsbüro ausgelöst, welches bis Ende Oktober ein Verkehrskonzept erarbeitete. Erste Informationen zum Verkehrskonzept wurden in der Sitzung der AG Gemeinwesenarbeit Stadtfeld-Ost/Westernplan am 19. September 2006 gegeben sowie folgende Vorschläge der anwesenden Bürger entgegen genommen:

1. Einbahnstraßenregelung in der Klopstockstraße in Richtung West, um Stauerscheinungen im Bereich der Ebendorfer Straße zu vermeiden
2. Halteverbot im Einmündungsbereich Westernplan in die Klopstockstraße (Hausdurchfahrt)
3. Überprüfung der Ausweisung von Anwohnerparkplätzen in einzelnen Straßenabschnitten
4. Verlängerung der Freigabezeit für Linksabbieger aus der Ebendorfer Straße in die Albert-Vater-Straße
5. Verkürzung der Freigabezeit für Linksabbieger aus der Albert-Vater-Straße in die Gagerstraße
6. Teilasphaltierung des Fahrstreifens der Gagerstraße und der Freiherr-vom-Stein-Straße
7. Asphaltierung des Kreuzungsbereiches Herderstraße/Freiherr-vom-Stein-Straße/Olvenstedter Straße
8. Vermeidung von verkehrlichen Auswirkungen auf das Untersuchungsgebiet durch Umleitungsverkehr aus dem Großbauvorhaben Tunnel Damaschkeplatz

9. Fahrbahneinengungen durch Querungshilfen und Bordverziehungen sollten nicht vorgesehen werden, um zusätzliches Bremsen und Anfahren zu vermeiden
10. Überprüfung von Einbahnstraßenregelungen und Änderungen der Parkordnung

Anschließend wurde das Verkehrskonzept innerhalb der Verwaltung und mit der Polizei abgestimmt und am 28. November 2006 im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt und mit ca. 35 Bürgern erörtert.

Kernpunkte der Analyse

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verkehrslärmreduzierung durch Einführung von Tempo 30-Zonen (zunächst ohne, später mit Integration des Straßenzuges Freiherr-vom-Stein-Straße/Gagernstraße) im gesamten Wohngebiet werden von einigen Bürgerinnen und Bürgern als noch nicht ausreichend angesehen, weswegen weitere Maßnahmen gemäß des o.g. Antrags untersucht werden sollten.

Zur detaillierteren Analyse wurde das Untersuchungsgebiet in 5 Teilgebiete eingeteilt, die sich hinsichtlich der Bebauungsstruktur, der Nutzung und der Verkehrserschließung unterscheiden. Insbesondere das Teilgebiet zwischen Editharing, Olvenstedter Straße und Freiligrathstraße nimmt diesbezüglich eine Sonderstellung auf Grund des Verwaltungsstandortes mit seiner hohen Arbeitsplatzkonzentration ein. Jedoch sind auch in den anderen vier Gebieten neben der überwiegenden Wohnnutzung rund 80 Unternehmen und Einrichtungen mit ca. 460 Beschäftigten zu finden, so dass inkl. Anwohner-, Patienten-, Liefer- und Besucherverkehr ein Aufkommen im Ziel- und Quellverkehr von 9.800 Kfz/Tag entsteht. Bei einem Gesamtaufkommen von 11.710 Kfz/Tag liegt der Anteil des Durchgangsverkehrs im Ergebnis bei ca. 16%, was als gering bezeichnet werden kann. Die Auswertung der Unfallsteckkarten ergab eine Häufung von Unfällen am Knoten Freiherr-vom-Stein-Straße/Kloppstockstraße. Verkehrsbeobachtungen zeigten, dass die vorhandenen Querungsmöglichkeiten der Albert-Vater-Straße (insbes. Höhe Bushaltestelle, Höhe Röntgenstraße) nicht ausreichen.

Konzeptionelle Ansätze

Auf dieser Grundlage und unter Einbezug der Hinweise von interessierten Bürgern sowie des Aktionsplans zur Lärminderungsplanung in Magdeburg/Stadtfeld-Ost wurden verkehrsorganisatorische und bauliche Vorschläge für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entwickelt.

Es wurden folgende verkehrsorganisatorischen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung untersucht:

- Die Neuordnung des ruhenden Verkehrs (z. B. wechselseitiges (Schräg-)Parken, Parknester)
- Die Einführung von Haltverbotsbereichen und ggf. -zonen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbes. für Fußgänger wie Schulkinder, Behinderte etc.
- Einführung von Einbahnstraßen

Es wurden folgende bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung untersucht:

- Einbau von Querungshilfen
- Lärminderung durch Schwarzdeckeneinbau (bituminösen Überbau des Großpflasters)
- Umbau des Knotens Editharing/Olvenstedter Straße zwecks Vermeidung Schleichverkehr über Freiligrathstraße
- Bau einer Lichtsignalanlage am Knoten Olvenstedter Straße/Freiligrathstraße vorrangig zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

Ergebnisse

Für das untersuchte Gebiet werden drei Maßnahmearten vorgeschlagen:

1. Verkehrsorganisatorische Maßnahmen, welche in der Regel das Aufstellen von Verkehrszeichen und ggf. das Aufbringen von Markierungen beinhalten,
2. Kleine bauliche Veränderungen wie z. B. die Montage einer Mittelinsel aus Kunststoffelementen oder das punktuelle Vorziehen von Gehwegen (sog. „Gehwegnasen“) und
3. Bauliche Maßnahmen größeren Umfangs, d. h. der Umgestaltung des Straßenraumes inkl. der erforderlichen Erdarbeiten, Neubau/Versetzen von Lichtsignalanlagen, Beleuchtung, erforderlicher Grundstückserwerb, etc.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden in der Anlage 1 näher beschrieben. Innerhalb der Maßnahmearten stellt die aufgeführte Reihenfolge eine Priorisierung dar; die erstgenannte Maßnahme sollte auch als Erste realisiert werden. Insgesamt betrachtet sollten sowohl die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen als auch kleine bauliche Veränderungen kurzfristig bis mittelfristig umgesetzt werden, während die baulichen Maßnahmen größeren Umfangs als mittel- bis langfristig einzustufen sind.

Einige Vorschläge konnten nach näherer Betrachtung nicht weiter verfolgt werden:

- So wird z. B. die Einrichtung von Einbahnstraßen nicht empfohlen, weil Umwege entstehen und durch den fehlenden Gegenverkehr mit höheren Geschwindigkeiten zu rechnen ist. Zudem sind für den Westernplan auch Verkehrsverlagerungen auf andere Wohngebietsstraßen zu erwarten.
- Des Weiteren birgt die Forderung einer Teilasphaltierung des Straßenzuges Freiherr-vom-Stein-Straße/Gagernstraße sowohl Vor- als auch Nachteile. Neben dem Effekt der Lärmmin- derung ist mit einer leicht zunehmenden Kfz-Belastung (insbes. Durchgangsverkehr) und ebenfalls einem höheren Geschwindigkeitsniveau zu rechnen.
- Die Neuordnung des ruhenden Verkehrs kann nur in einigen Straßen (bspw. wechselseitiges Parken in der Röntgenstraße) realisiert werden. Auf Grund hoher Bordsteine ist das Senk- recht- oder Schrägparken in der Freiherr-vom-Stein-Straße bzw. Gagernstraße nicht möglich. Sowohl Senkrecht- bzw. Schrägparken als auch Parknester führen zu einer Minimierung der Anzahl der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum. Für den Westernplan ist das Längsparken am Bord die effektivste Anordnung des ruhenden Verkehrs.
- In den Straßen nahe des o. a. Verwaltungsstandortes bzw. des Handels und der Dienstleistun- gen in der Olvenstedter Straße ist ein hoher Parkdruck tagsüber zu beobachten, so dass hier die Möglichkeit der Anordnung von Bewohnerparkzonen im Zusammenwirken mit der Stra- ßenverkehrsbehörde in einem nächsten Schritt zu prüfen ist. Eine mögliche Anordnung von Anwohnerparkzonen bedeutet jedoch nicht, dass für jeden Anwohner mit Ausweis garantiert ein Stellplatz im öffentlichen Straßenraum vorhanden ist. Zur Zeit beträgt die Jahresgebühr für einen Anwohnerparkausweis 30,70 €.

Fazit

1. Nur die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen sind aus dem laufenden Haushalt (des Tiefbauamtes) finanzierbar.
2. Eine Asphaltierung/Teilasphaltierung des Straßenzuges Freiherr-vom-Stein-Straße/ Gagernstraße ist nicht vorgesehen.
3. Die baulichen Maßnahmen kleineren und größeren baulichen Umfangs sind nicht im Haushalt eingeordnet. Die Realisierung einer Maßnahme ist mittels Antrag im Stadtrat zu erwirken.

Die Information ist mit dem Umweltamt und dem Tiefbauamt abgestimmt.

Jörn Marx
Beigeordneter für Stadtentwicklung,
Bau und Verkehr

1. Liste der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Kostenschätzung
2. Verkehrsanbindung und Erschließung
3. Verkehrsbelegung/Tagesverkehr
4. Verkehrsunfälle
5. Problemkarte
6. Maßnahmenplan